

„Keinen Euro für Krieg und Zerstörung! Stattdessen Milliarden für eine soziale, gerechte und ökologische Friedenspolitik!“

Wir von der SDAJ stehen heute hier, weil wir gegen die Politik der Regierung in diesem Land, in dem wir leben, zur Schule gehen, eine Ausbildung machen, studieren oder arbeiten, protestieren wollen.

Wir wollen nicht einfach zusehen, wie Geld im wahrsten Sinne des Wortes verpulvert wird, anstatt es sinnvoll in unsere Zukunft, die Zukunft der Jugend und unseres Planeten, zu investieren.

Wir positionieren uns gegen den Eskalationskurs des Westens, den auch die deutsche Bundesregierung weiter vorantreibt und der einen Frieden oder zumindest einen Waffenstillstand in der Ukraine in immer weitere Ferne rücken lässt.

Der Krieg wird als Vorwand genutzt, um verbal und militärisch aufzurüsten, während andere Kriege und Konflikte ignoriert werden, um wichtige Wirtschaftspartner nicht zu verprellen.

Allerdings werden weder Waffenlieferungen noch das Sondervermögen für die Bundeswehr Frieden oder Sicherheit in der Welt stiften.

Dass es der Bundesregierung mit ihrem Kurs auch gar nicht um Frieden oder Menschenrechte geht, wird nicht zuletzt daran deutlich, mit Hilfe welcher Wirtschaftspartner sie nun das durch die Sanktionen gegen Russland entstandene Energiedefizit ausgleichen möchte.

Dass jetzt versucht wird, an Gas aus Ländern wie Saudi-Arabien und Aserbaidschan zu kommen, übrigens beides Länder, die einen Krieg mit ihrem Nachbarland angefangen haben, zeigt die Doppelmoral des Westens.

Es ist auch kein Zufall, dass die Ampel-Regierung, in zeitlichem Zusammenhang mit der Gas-Reise des Kanzlers in die Golfstaaten, ihre erste Ausnahme für die eigentlich ausgesetzten Waffenlieferungen an Saudi-Arabien machte, das seit Jahren einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen sein Nachbarland Jemen führt.

Die Menschen in der Ukraine sind der deutschen Regierung genauso egal wie die Menschen im Jemen oder in Armenien, das immer wieder von Aserbaidschan angegriffen wird.

Das erklärte Ziel der Regierung und der anderen westlichen Staaten ist nicht Frieden, sondern ein „Sieg gegen Russland“, wie auch immer dieser aussehen soll und egal wie viele Menschenleben dafür aufs Spiel gesetzt werden.

Der Krieg wird absichtlich in die Länge gezogen, was z.B. daran erkennbar ist, dass Vorschlägen wie der vom mexikanischen Präsidenten (López Obrador) vorgebrachten und von mehreren lateinamerikanischen Staaten unterstützten Friedensmediation für die Ukraine keine Beachtung geschenkt wird.

Ein Einfrieren des Konflikts, um Verhandlungen zu ermöglichen, ist nicht im Interesse der westlichen Regierungen, aber es ist in unserem Interesse.

*Rede Mascha SDAJ*

*Aktionstag der Friedensbewegung • 1. Oktober 2022 • Berlin Reichstag*

Mit jedem weiteren Eskalationsschritt steigt die Gefahr eines Übergreifens der Kampfhandlungen auf andere Gebiete und damit eines Weltkrieges.

Lieferungen von Kampfpanzern stellen einen weiteren Eskalationsschritt dar. Wir fordern von der Bundesregierung ein Ende dieser Eskalation!

Anstatt mit einem Sondervermögen in die Bundeswehr zu investieren, muss nun massiv Geld für eine soziale, gerechte und ökologische Zukunft ausgegeben werden.

Jedes Mal, wenn es darum geht, Geld für die Abmilderung sozialer Härten in die Hand zu nehmen, wird darüber diskutiert, dass sich dadurch der Schuldenberg für die kommenden Generationen anhäuft. Noch viel schlimmer sieht unsere Zukunft allerdings aus, wenn auf Brechen komm raus die Schuldenbremse eingehalten werden soll und nicht in unsere Zukunft investiert wird.

Schon jetzt belasten die gestiegenen Preise die Jugend sehr. Wenn der ganze Lohn eines Azubis für Energie, Miete und Lebensmittel draufgeht, wo bleibt dann das Geld für Freizeit, Reisen oder ein gutes Buch?

Und wenn das Bildungs- und Gesundheitswesen weiter kaputtgespart und das Klima konsequent zerstört wird, bringt uns Schuldenfreiheit gar nichts!

Die Regierung soll sich, für unsere Zukunft, ihre Militärausgaben sparen und die 100 Milliarden stattdessen in unsere Bildung und Gesundheit investieren.

Kein Geld für Krieg, Stopp den deutschen Waffenexporten!

Verhandeln statt schießen!